

Braunschweig, 4.12. 2017

Presseerklärung der GGG zu den Koalitionsvereinbarungen von SPD und CDU über die künftige Bildungspolitik in Niedersachsen

Große Koalition - große Herausforderungen – großer Entwurf für ein zukunftsweisendes Schulsystem?

Die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und CDU sollen eine Basis für „bessere Bildungschancen für alle“ darstellen und zu einer „zukunftsgerichtet gestalteten Bildungslandschaft“ führen.

Das kann bezweifelt werden. Statt Steuerung und politischer Akzentsetzung sollen allein Elternwille und die Kommunen das Ganze richten. Gestaltungswille sieht anders aus.

1

Statt Diskussionen über Schulstrukturen soll ein „dauerhafter Schulfrieden“ her. Auch hier sehen die Koalitionäre nicht richtig hin.

„Schulfrieden“ entsteht nicht dadurch, dass Gesamtschulen weiter als Regelschulen und ersetzende Schulform gelten sollen. „Schulfrieden“ setzt die Probleme des gegliederten Schulwesens fort. Ohne eine Schule für alle werden die Verwerfungen, die ein System von Hauptschule, Realschule, Oberschule und Gymnasium mit sich bringt, weiter existieren und sich noch verschärfen. Immerhin wird die Gesamtschule in ihrer Stellung nicht geschwächt, wie die CDU es doch eigentlich vorhatte.

Die Lastenverteilung im derzeitigen Gebilde aus gegliedertem Schulwesen hier und Gesamtschulen auf der anderen Seite befindet sich in einer Schieflage. Inklusion und Integration machen vor Realschulen und Gymnasien Halt, weil diese den Elternwillen unterlaufen. Man berät die schwierig scheinende Schülerpopulation einfach weg. Die anderen sollen es richten. Eine mögliche Wiedereinführung der Förderschule „Lernen“ macht das auch nicht besser.

Die Durchlässigkeit des Systems wird sich nicht erhöhen, sie kennt jetzt bereits entgegen der Propaganda der „Aufstiegsmöglichkeiten“ vor allem eine Richtung: die nach unten.

Ohne wenigstens mittelfristige Ziele anzugeben besteht so eine Schullandschaft weiter, die einem Bauchladen gleicht. Für die Koalitionäre klingt das stolz nach „Wahlfreiheit“. In Wahrheit ist es nur ein Patt, ohne die Zukunftsfragen wirklich anzugehen.

Inklusion und Integration verlangen nach Regelungen, damit die Herausforderungen gleichmäßig verteilt werden. Da hilft der Hinweis auf den freien Elternwillen wenig.

Die Koalitionäre wollen vieles prüfen: z.B. die Qualität der gymnasialen Oberstufe und die Qualität der Schulformen. Hier wird es spannend werden, ob sich hinter diesen Prüfaufträgen das sachfremde Gejammer konservativer Bildungsverbände versteckt, die in allen Modernisierungsversuchen der Oberstufe inzwischen eine Absenkung der Leistungsanforderungen wittern.

Was man ohne Prüfung gleich beseitigen sollte (und könnte)? Die von Gesamtschulen und Gymnasien stark kritisierte Veränderung der Wochenstunden für Leistungs- und Grundkurse!

Und das Ziel des Prüfauftrags für die Schulformen bleibt im Nebel. Wenn man doch alle Formen erhalten will, was will man dann sichten?

Die Landesschulbehörde soll neu organisiert werden. Aber wie, zu welchem Zweck? Wir erinnern uns daran, dass die CDU unter Ministerpräsident Wulf die mittlere Verwaltungsstruktur des Landes zerschlagen hat. Der von der CDU damals geforderte „Bürokratieabbau“ ist jedoch gescheitert. Dies weiß jede Schulleitung, die mit Ministerium und Behörde zu tun hat. Wenn die Behörde eine Servicefunktion einnehmen soll, dann geht kein Weg an einer Regionalisierung und Stärkung der Regionalkompetenz vorbei. Übrigens sollte auch das MK seine Kommunikationsfähigkeit verbessern.

Mangelnde Visionen werden immerhin mit in Aussicht gestellten personellen und finanziellen Verbesserungen erkaufte. Die sind auch dringend nötig, wenn Inklusion und Integration besser gelingen sollen!

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Meisner

Landesvorsitzender